

Antragsübersicht

Inhaltsverzeichnis

A8	Mehr bezahlbarer Wohnraum für Junge Menschen in Hessen	2
B1	Besuch des hessischen Landtags	4
B2	Abschlussprüfungen transparenter machen	5
B3	Zwei Phasen Leistungskursangebot in der gymnasialen Oberstufe erweitern (dreigleisig fährt es sich besser)	6
B4	Kostenübernahme für Schulmaterialien in Hessen	7
B5	Kostenloser Nachhilfeunterricht	8
B6	Mentale Gesundheit an Schulen stärken	9
B7	Mit der Gießkanne und nicht nur ein paar Tropfen – Berufsinformation sollte nicht nur durch Projekte gefördert werden.	12
B8	Förderung der Bildungsgerechtigkeit und Verbesserung der beruflichen Bildung in Hessen	13
B9	Einführen eines verpflichtendem Schülerfeedbacks	15
F2	Aufbau statt Abbau – Stillgelegte Schienenwege reaktivieren und Finanzierung sichern	16
G2	Unbefristete Sozialbindung im sozialen Wohnungsbau in Hessen	18
G3	Rechtsruck stoppen, Hessen stärken: Keine Politik der Abschottung!	19
I01	Katastrophenschutz	20
I02	Solidarität mit den Beschäftigten von VW und Unterstützung für Azubis	22
S5	Sicherung von Leben und Wohlstand statt Kaputtsparen – Generationengerechter Transformationsfonds jetzt!	23
W1	Vier gewinnt – Hessen auf dem Weg zur 4-Tage-Woche	25

Antrag A8: Mehr bezahlbarer Wohnraum für Junge Menschen in Hessen

Laufende Nummer: 56

Antragsteller*in: Landesvorstand Jusos Hessen

1 Wir fordern die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum speziell für junge Menschen
2 in Hessen. Dazu sollen Azubiwerke als zentrale Anlaufstellen für Beratung und
3 Vermittlung von Wohnraum für Auszubildende eingerichtet werden. Weiterhin fordern wir
4 die Etablierung eines eigenständigen Fördertopfs für das Programm "Junges Wohnen" in
5 Hessen, um Einzelprojekte höher fördern zu können. Zudem sollen die bestehenden
6 Förderrichtlinien überarbeitet werden, um den aktuellen Baukosten und spezifischen
7 Bedürfnissen junger Menschen gerecht zu werden.

8 Deswegen fordern wir:

- 9 • Das Azubiwerk soll nach dem Münchner Modell von den jeweiligen Kommunen
10 verwaltet und in enger Zusammenarbeit mit städtischen Bauunternehmen entwickelt
11 werden, um zielgerichtet Wohnraum für Auszubildende zu schaffen.
- 12 • Unternehmen, die Auszubildende beschäftigen, werden stärker in die Finanzierung
13 der Azubiwerke eingebunden, insbesondere wenn es um die Unterbringung ihrer
14 eigenen Auszubildenden geht.
- 15 • Zur Entwicklung eines nachhaltigen Konzepts für das Azubiwerk wird ein „Beirat
16 der Ausbildung“ eingerichtet. Dieser fördert die Vernetzung bestehender
17 Angebote, den Austausch relevanter Akteure und die Formulierung gemeinsamer
18 Forderungen. Wichtige Mitglieder des Beirats sind Träger von
19 Auszubildendenwohnheimen, Interessenvertretungen der Auszubildenden sowie andere
20 relevante Partner. Der Beirat soll sich insbesondere um die Bereitstellung von
21 Wohnraum, die Vermittlung in bestehende Beratungs- und Unterstützungsangebote
22 sowie den Ausbau und die Vernetzung bestehender Strukturen kümmern.
- 23 • Die Auszubildenden sollen aktiv in die Arbeit der Azubiwerke eingebunden werden,
24 beispielsweise durch die Wahl von Bewohner*innenräten. Zudem wird die
25 Beteiligung von Interessenvertretungen, wie etwa den Gewerkschaftsjugendlichen und
26 den jeweiligen Jugendringen, gefördert.
- 27 • Um die Angebote der Azubiwerke bekannt zu machen, sollen sie regelmäßig an
28 weiterführenden Schulen und im Rahmen des allgemeinbildenden Unterrichts an
29 Berufsschulen vorgestellt werden.

Begründung

Das Bund-Länder-Programm "Junges Wohnen" ist in Hessen derzeit in die Richtlinien für den sozialen Wohnungsbau integriert. Der hessische Anteil der 500 Millionen Euro für das „Junge Wohnen“ fließt in die allgemeine Hessische Förderrichtlinie für den sozialen Wohnungsbau. Diese beinhaltet zwar den Punkt „Neubau von Mietwohnraum für studentische Haushalte und Haushalte von Auszubildenden“, jedoch reicht dies nicht aus, um den spezifischen Bedürfnissen junger Menschen gerecht zu werden. Mit einem eigenen Fördertopf für das Programm "Junges Wohnen" könnten Einzelprojekte höher finanziert werden.

Dies ist angesichts der aktuell hohen Baukosten dringend notwendig, um bezahlbaren Wohnraum für junge Menschen realisieren zu können. Die derzeitige Praxis, bei der zusätzliche Gelder einem bereits bestehenden Topf hinzugefügt werden, ermöglicht zwar die Förderung von mehr Projekten, führt aber nicht zu einer höheren Förderung einzelner Projekte. Die Einrichtung von Azubiwerken würde eine zentrale Anlaufstelle für Auszubildende schaffen, ähnlich wie es Studentenwerke für Studierende sind. Dies würde die Wohnraumsuche und -beratung für Auszubildende erheblich erleichtern und ihre Chancen auf bezahlbaren Wohnraum verbessern. Ein eigenständiger Fördertopf für das Programm "Junges Wohnen" würde es ermöglichen, gezielt Projekte zu fördern, die auf die Bedürfnisse junger Menschen zugeschnitten sind. Dies könnte innovative Wohnkonzepte, gemeinschaftliche Wohnprojekte oder spezielle Azubi- und Studentenwohnheime umfassen. Durch die Umsetzung dieser Forderungen kann Hessen einen wichtigen Schritt zur Verbesserung der Wohnsituation junger Menschen machen und damit auch den Wirtschafts- und Bildungsstandort Hessen stärken.

Antrag B1: Besuch des hessischen Landtags

Laufende Nummer: 1

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Nord
Zusammenfassung der Änderungen:	Titel: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Geänderter Titel:

Besuch des hessischen Landtags

- 1 Die SPD-Fraktion im Landtag setzt sich dafür ein, dass Schulklassen in der
- 2 Mittelstufe im Rahmen des PoWi-Unterrichts eine Sitzung des hessischen Landtags oder
- 3 einer anderen demokratischen Institution (z.B. auf Kommunalebene) besuchen. Im Rahmen
- 4 des Unterrichts wird eine Vor- und Nachbereitung geleistet.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag B2: Abschlussprüfungen transparenter machen

Laufende Nummer: 2

Antragsteller*in: Jusos Hessen-Nord

- 1 Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag setzt sich im Rahmen ihrer
- 2 Regierungsverantwortung dafür ein, dass in Zukunft sämtliche vergangenen landesweit
- 3 zentralisierten schulischen Abschlussprüfungen zusammen mit den zugehörigen
- 4 Lösungshinweisen auf einer Website des Landes kostenlos und frei zugänglich zur
- 5 Verfügung gestellt werden.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag B3: Zwei Phasen Leistungskursangebot in der gymnasialen Oberstufe erweitern (dreigleisig fährt es sich besser)

Laufende Nummer: 3

Antragsteller*in: Jusos Hessen-Nord

- 1 Die SPD-Landtagsfraktion wird gebeten sich dafür einzusetzen, dass die Wahl
- 2 der Leistungskurse in der gymnasialen Oberstufe flexibler gestaltet wird, indem der
- 3 §13 Abschnitt 2 der hessischen Oberstufen Abiturverordnung (OAVO) um die
- 4 gesellschaftswissenschaftlichen Schulfächer, darunter Politik und Wirtschaft,
- 5 Geschichte und Philosophie, als verpflichtenden Leistungskurs ergänzt werden. Somit
- 6 haben Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit ihre verpflichtenden Leistungskurse
- 7 aus allen der drei Aufgabenfelder zu wählen.

Begründung

Der §13 Abschnitt 2 der hessischen OAVO regelt die Wahlmöglichkeiten der Leistungskurse der gymnasialen Oberstufe in Hessen. Er besagt sinngemäß, dass bei der Belegung der beiden Leistungskurse eine Fremdsprache, oder eine Naturwissenschaft gewählt werden muss. Der zweite Leistungskurs kann frei gewählt werden, sofern die Schule das Fach anbietet. Dieses zweigleisige Angebot soll um die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer erweitert werden. Denn SuS (Schülerinnen und Schüler), deren Interessenschwerpunkte auf den Fremdsprachen, oder Naturwissenschaften lagen, waren durch dieses zweigleisige System bevorzugt, da sie alle ihre präferierten Kurse als Leistungskurs wählen konnten und so ihre Stärken ausspielen konnten. SuS deren Interesse eher in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern liegen, konnten hingegen nur eines ihrer Fächer als Leistungskurs wählen und waren gezwungen zusätzlich eine Fremdsprache, oder Naturwissenschaft zu wählen, ohne größeres Interesse darin zu haben. Dies führte dazu, dass Kurse, beispielweise im Fach Biologie, mit desinteressierten SuS gefüllt wurden, worunter die Lernatmosphäre litt. Diese Kurse erreichen nur bedingt das Niveau eines Leistungskurses, darunter leiden vor allem die SuS, welche das jeweilige Fach aus Interesse gewählt haben.

Die meisten Schulen bieten als gesellschaftswissenschaftliche Fächer „Geschichte“, so wie „Politik und Wirtschaft“ an. Zwei Fächer, welche im Lehrplan oftmals zu kurz kommen, dennoch mindestens genauso wichtig sind, wie die Naturwissenschaften, oder Fremdsprachen. Denn Geschichte zu lernen, heißt ebenso deutsche Geschichte zu lernen und sie zu verstehen, zu verstehen warum in den deutschen Innenstädten Gold gefärbte Stolpersteine aus dem Boden empor stechen und warum es so wichtig ist Antisemitismus und Rassismus in unserem Land konsequent zu bekämpfen. Auch der Politikunterricht verdient seine Berechtigung als Leistungskurs erster Wahl. Denn Politik zu lernen, heißt in Deutschland auch Demokratie zu lernen, zu lernen über unsere Verfassung und demokratischen Grundwerte.

Mit einem dreigleisigen Leistungskurssystem wird die Auswahl der Leistungskurse breiter gefächert und vor allem flexibler gestaltet und das allgemeine Abitur wird seinem Namen etwas gerechter, deshalb fordern wir das drei Phasen Leistungskursangebot.

Antrag B4: Kostenübernahme für Schulmaterialien in Hessen

Laufende Nummer: 4

Antragsteller*in: Jusos Hessen-Nord

- 1 Wir fordern die Kostenübernahme des Landes Hessen für alle unterrichtsbegleitenden
- 2 Schulmaterialien, wie zum Beispiel Pflichtlektüren und Bücher oder Arbeitshefte,
- 3 damit Chancengleichheit garantiert wird.

Begründung

Der Schulalltag ist teuer. Neben der Grundausrüstung (Schulranzen, Schreibhefte, Stifte, uvm.) fallen ab der Mittelstufe verpflichtende Lektüren an (Deutsch Lektüren zum Beispiel) und unterrichtsbegleitende Materialien (Arbeitshefte abgestimmt auf Schulbücher). Allein für den Deutschunterricht kostet ein Arbeitsheft bis zu 20 Euro. Rechnet man dies für alle Fächer hoch, kommt man am Ende auf eine hohe Summe für Anschaffungskosten. Das Land Hessen sieht bisher einen Zuschuss von 150 Euro für Schulmaterialien pro Schuljahr vor, für Kinder deren Eltern den Kinderzuschlag, Wohngeld, Bürgergeld, Sozialhilfen oder Asylbewerberleistungen beziehen. Abgesehen davon, dass 150 Euro für den Grundbedarf an Schulmaterialien schon zu wenig ist, reichen diese erst Recht nicht für das verpflichtende Arbeitsmaterial. Auch bei vielen Familien, die keine staatliche Unterstützung erhalten, ist das Geld häufig knapp. Viele Kinder und Jugendliche erhalten auch gar keine Unterstützung von Zuhause. Daher fordern wir die Kostenübernahme dieser verpflichtenden, unterrichtsbegleitenden Materialien für mehr Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit. Schulmaterialien sollten keine finanziellen Sorgen bereiten!

Antrag B5: Kostenloser Nachhilfeunterricht

Laufende Nummer: 5

Antragsteller*in: Jusos Hessen-Nord

1 Die SPD-Landtagsfraktion wird geben, dass an Schulen in Hessen künftig kostenloser
2 Nachhilfeunterricht für SuS angeboten wird. Die Mittel zur Einrichtung werden vom
3 Land Hessen zur Verfügung gestellt Der Nachhilfeunterricht findet dabei nach dem
4 regulären Unterricht statt und beruht auf einer freiwilligen Basis. Der
5 Nachhilfeunterricht soll SuS helfen, verpassten Unterrichtsstoff nachzuholen,
6 Hausaufgaben zu lösen, oder Verständnisprobleme zu klären. Der Nachhilfeunterricht
7 kann dabei auch von einer nicht examinierten Lehrkraft durchgeführt werden. Die
8 Gestaltung ist den Schulen freigestellt, das Land gibt aber Hinweise zu erprobten
9 Formaten.

Begründung

Nachhilfeunterricht sollte ein Grundrecht für alle SuS sein und nicht nur denen vorbehalten sein, deren Eltern ihn auch finanzieren können. Dabei kann ein Nachhilfeunterricht, welcher sich über mehrere Wochen, oder Monate erstreckt bereits mittelständische Haushalte vor Finanzielle Probleme stellen. Bildung sollte nicht von den Finanziellen Möglichkeiten der Eltern abhängen und frei zugänglich für alle sein.

Antrag B6: Mentale Gesundheit an Schulen stärken

Laufende Nummer: 20

Antragsteller*in: Jusos Hessen-Süd

1 Die Landeskonferenz der Jusos Hessen möge beschließen:

2 Weiterleitung: SPD Landesparteitag Hessen

3 **Forderung:**

- 4 • Die Problematik und die Wichtigkeit von mentaler Gesundheit soll in der Schule
5 vermittelt werden. Das Fach Soziales Lernen soll fester Bestandteil des
6 Kerncurriculum in Grundschulen und Sekundarstufe I werden.
- 7 • **Inhalt des Faches** sollten unter anderem Input zum Thema mentale Gesundheit sein,
8 welche Vorteile man durch eine Verbesserung dieser, auf die akademische
9 Leistung, auf das Wohlbefinden und auf ein gutes Miteinander erzielen kann,
10 Aufklärung zum Thema psychische Gesundheit (z.B. Stressbewältigung/-Resilienz,
11 Depression, Angstzustände, Störungen des Sozialverhaltens, sowie Lernstörungen
12 etc.), Umgang und Prävention mit und von gewissen mentalen Herausforderungen,
13 Suizidprävention, Gesamtzusammenhalt der Schulgemeinschaft stärken, um
14 Schüler*innen mit Anschlusschwierigkeiten zu stützen. Ziele sollten sein: Die
15 Förderung psychischer Gesundheit und Prävention psychischer Krankheiten aller
16 Schulmitglieder, mehr Respekt und Toleranz im Unterricht für die Thematik der
17 psychischen Gesundheit zu erreichen, Aufbau einer unterstützenden und
18 fürsorglichen Schulkultur, Gesamtzusammenhalt und Schulgemeinschaft stärken
19 (auch als Mittel um gegen Mobbing vorzugehen und das Miteinander zu stärken -
20 „hinsehen statt weggucken“). Diese umfangreichen Anforderungen können nicht
21 alleine in einem Unterrichtsfach erfüllt werden. Deshalb soll ganzheitlicher
22 gedacht Themen der mentalen Gesundheit auch in anderen Unterrichtsfächern
23 thematisiert werden, beispielsweise im Deutschunterricht über die
24 Literatúrauswahl oder im Biologieunterricht.
- 25 • **Aufarbeitung der durch Coronaentstandenen psychischen Problemen bei SuS**
26 beispielsweise in Form von Workshops: Phänomen „Isolation“, familiäre
27 Belastungen und Unterstützungsbedarf, Social Media „Probleme“/Realität.
28 Umsetzungsvorschlag: Bei interaktiven Workshops können Jugendliche an
29 Rollenspielen teilnehmen und Alltagssituationen diskutieren, die sie
30 beschäftigen.
- 31 • Einen „**melting-pot**“/**Austauschmöglichkeit** aus den individuellen Hürden der
32 Einzelnen schaffen: Aus den Schwierigkeiten der anderen gemeinsam lernen.
- 33 • **Vermittlung von Angeboten** der bereits existierenden Maßnahmen von den Schulen an
34 die Schüler*innen durch Lehrkräfte im Unterricht und
35 Schulpsycholog*innen/Schulsozialarbeiter*innen, Aufmerksamkeit schaffen für das
36 Angebot an Anlaufstellen für psychischen Angelegenheiten, Suizidprävention,
37 Umgang mit Trauer und Verlust und Programme vom Kultusministerium.
- 38 • **Bildungsinitiativen** von Schulpsycholog*innen, Schulsozialarbeiter*innen,
39 Jugendamt-Mitarbeitende. Schulbesuche und Durchführung von Aufklärungsarbeit in

- 40 Form von kleinen Input-Workshops (zu den wichtigsten Themen wie z.B. Stress,
41 Mobbing und Depression). Umsetzungsvorschlag: Psychologie Studierenden gegen
42 Ende vom Bachelor oder im MAster die Möglichkeit geben freiwillige Praktika im
43 Bereich der Schulpsychologie durchzuführen. Dadurch kann Praxiserfahrung
44 gesammelt werden und das Arbeitsfeld kennengelernt werden.

Begründung

Kinder und Jugendliche stellen mit Blick auf ihre Gesundheit und vor allem ihrer mentalen Gesundheit eine vulnerable Gruppe dar, die gerade in Krisenzeiten besonderer Aufmerksamkeit bedarf. In einem jungen Alter kann man sich ohne weiteres erstmal relativ schwer selbst schützen.

Bereits vor Beginn der Corona-Pandemie zeigten etwa 18 % der Kinder und Jugendlichen in Deutschland Hinweise auf psychische Auffälligkeiten [1, 2]. Nun belegen Studien, dass durch die Pandemie neue Belastungen und Hürden entstanden sind, die wiederum zu einer Zunahme von psychischen Auffälligkeiten im Kindes- und Jugendalter zur Folge hatten [3–5].

Eine Studie aus Nordrhein-Westfalen hat gezeigt, dass sich das Belastungserleben und die psychische Gesundheit in der Pandemie zwischen den Schulformen unterscheiden [6]. Bundesweite Ergebnisse liegen derzeit nicht vor.

Zu den häufigsten psychischen Erkrankungen bei Schüler*innen zählen Angststörungen, Depressionen, Störungen des Sozialverhaltens sowie Lernstörungen [7].

Zudem erhöhen psychische Störungen nicht nur das Risiko für eine Klassenwiederholung, sondern auch für Fehlzeiten und Schulabbruch [7].

Die im Kindes- und Jugendalter erstmals auftretenden psychischen Erkrankungen erhöhen das Risiko, das spätere Erwachsenenleben negativ zu beeinflussen [8].

Des Weiteren entwickeln sich Drei-Viertel aller psychischen Störungen bereits im Kindes- und Jugendalter. In Deutschland sind Suizide die zweithäufigste Todesursache bei Menschen unter 25.

Daher sind aus gesellschaftlicher und gesundheitsökonomischer Sicht die Gesundheitsförderung und Prävention im Kindes- und Jugendalter besonders relevant, um die Gesundheit, Bildungschancen und damit auch das Arbeitseinkommen der zukünftigen Erwachsenengeneration zu fördern und das Risiko psychischer Erkrankungen zu reduzieren.

Um dies zu erreichen, wird die Umsetzung der oben aufgeführten Maßnahmen gefordert, die im Folgenden begründet werden:

Die Lehrkräfte sollen Jugendlichen nicht beibringen, wie sie denken, fühlen oder handeln sollen. Vielmehr arbeiten alle gemeinsam daran, unterschiedliche Perspektiven zu verstehen und mögliche Lösungen für thematische Herausforderungen zu finden. Der Fokus liegt nicht darauf, eine pauschale Lösung für mentale Probleme zu finden. Stattdessen soll berücksichtigt werden, dass alle ihre individuellen Lebenserfahrungen mitbringen und gemeinsam voneinander lernen können. Der Umgang mit mentaler Gesundheit ist fundamental und beeinflusst das soziale Miteinander, aber auch die akademische Leistung positiv.

Die Corona-Pandemie hat besonders junge Menschen stark belastet. Die Pandemie wirkte sich durch Isolation, ein Wachstum an Konflikten im Haushalt und einer verzerrten Realität durch Soziale Medien? schädlich auf die Entwicklung aus. Die Schulen unterrichten noch immer in einer herausfordernden Situation, in der die Aufklärung und Besserung der mentalen Gesundheit wichtiger denn je ist.

Bei interaktiven Workshops können Jugendliche an Rollenspielen teilnehmen und Alltagssituationen diskutieren, die sie beschäftigen. Die Themen reichen von Beziehungskonflikten mit Gleichaltrigen und

Erwachsenen über Stimmungsschwankungen bis hin zum Umgang mit Trauer oder Stresssituationen. Als Gruppe reflektieren die Schüler*innen,

wie sie sich in solchen Situationen fühlen (würden) und diskutieren, wie sie mit herausfordernden Lebenssituationen umgehen. Dabei liegt der Fokus auf gegenseitiger Unterstützung, aber auch auf Informationen, wie und wo es im Zweifelsfall professionelle Hilfe gibt.

Die Jugendlichen sollen selbst zu Wort kommen. Die Erfahrungen der Jugendlichen werden wertgeschätzt und sind wegweisend für die Workshops.

Die Gefühle und Gründe, die hinter dem Handeln stehen, die von bestimmten Problemen aufkommen, werden geachtet und es wird gemeinsam überlegt und geübt, welche Form der Unterstützung die Anwesenden in der jeweiligen Situation brauchen könnten.

Gleichzeitig schafft man es Schüler*innen mit Anschlusschwierigkeiten zu stärken.

Die mentale Gesundheit an Schulen ist ein wichtiges Thema für den Schulalltag. So sieht das auch das Hessische Kultusministerium und bietet eine Reihe von Programmen an. An jeder Schule soll es laut Kultusministerium eine*n Ansprechpartner*in für psychische Angelegenheit geben. Obwohl nun viele Programme und Ansprechpartner*innen existieren, ist das größte Problem die Vermittlung an den Schüler*innen.

Genau an dieser Vermittlung muss gearbeitet werden, also ist es sinnvoll bei der Thematisierung der mentalen Gesundheit im Unterricht als auch bei den Workshops auf entsprechende Anlaufstellen hinzuweisen (s.o.).

Der Kerngedanke ist, dass Aufklärungsinitiativen (s.o.) durch das Fachpersonal geleistet werden, mit denen Problemstellen innerhalb einer Klasse identifiziert werden und versucht wird, mithilfe der Workshops hilfreiche Impulse zu setzen.

Da das Fachpersonal in der psychosozialen Arbeit bereits ausgelastet ist, wäre es sinnvoll, auch angehenden Psycholog*innen im Studium die Chance zu geben, mitzuhelfen. Sie könnten von der Arbeit profitieren, indem sie wertvolle Praxiserfahrung sammeln.

Antrag B7: Mit der Gießkanne und nicht nur ein paar Tropfen – Berufsinformation sollte nicht nur durch Projekte gefördert werden.

Laufende Nummer: 31

Antragsteller*in: Landesvorstand Jusos Hessen

- 1 **Die Jusos Hessen fordern die Landesregierung auf, Berufsberatung an ALLEN**
2 **weiterführenden Schulformen zu etablieren, um Jugendlichen die Möglichkeiten für ihre**
3 **spätere Ausbildungs- und Berufswahl aufzeigen zu können, anstatt regelmäßig neue**
4 **Projekte in einzelnen Regionen oder Schulformen aufzulegen. Jede weiterführende**
5 **Schule sollte durch eine feste Berufsberatung unterstützt werden, die mindestens**
6 **einen Tag pro Unterrichtswoche für Schüler:innen zur Verfügung steht und auch**
7 **proaktiv auf die Schulgemeinde ab der 8. Klasse zugeht.**
- 8 Informationen über mögliche Karrierewege sind in den Schulen nach wie vor spärlich
9 gesät. Aktuell soll es ein hessenweit verpflichtendes Schulpraktikum richten, um
10 Schüler:innen auf ihre Berufswahl vorzubereiten. Zusätzliche Unterstützung variiert
11 stark zwischen Schulform und Region.
- 12 An manchen Gymnasien besteht zusätzlich die Chance, einen Tag Freistellung (!) für
13 einen Schnuppertag an einer Universität zu nehmen. An anderen Schulen wird auf die
14 Unterstützung von Personal der Arbeitsagentur gesetzt, die durch Tests die am besten
15 passende Karriere für jede Schüler:in herausfinden wollen.
- 16 Nichts davon verspricht richtige Einblicke in die Berufswelt. Auch in einem
17 zweiwöchigen Praktikum wird niemand erfahren, ob der betrachtete Beruf wirklich zu
18 einem passt. Deswegen muss langfristige Unterstützung durch Beratung und Information
19 an jeder weiterführenden Schule sichergestellt werden, anstatt sie nur an ein paar
20 Projektschulen anzubieten.
- 21 Jeder Schülerin, jedem Schüler eine ordentliche Berufsberatung zugutekommen zu lassen
22 sollte nicht per Glückslos aus Region und Schulwahl entschieden werden.

Antrag B8: Förderung der Bildungsgerechtigkeit und Verbesserung der beruflichen Bildung in Hessen

Laufende Nummer: 32

Antragsteller*in: Landesvorstand Jusos Hessen

- 1 Die Jusos Hessen fordern eine Reform des Bildungssystems, um Chancengleichheit,
2 Inklusion und berufliche Orientierung für alle Schülerinnen und Schüler zu
3 gewährleisten. Das aktuelle System ist von sozialer Ungleichheit, mangelnder
4 Digitalisierung und unzureichender Inklusion geprägt, wodurch besonders
5 benachteiligte Gruppen Nachteile erfahren.
- 6 Um dies zu verbessern, soll die Lernmittelfreiheit auf digitale Geräte wie Tablets
7 und Laptops ausgeweitet und Leihmodelle für digitale Geräte etabliert werden. Zudem
8 fordern die Jusos ein flächendeckendes Berufsberatungskonzept an allen
9 weiterführenden Schulen, um eine bessere Orientierung und Unterstützung bei der
10 Berufswahl zu gewährleisten.
- 11 Ein weiterer Punkt ist die Abschaffung der starren Trennung zwischen den
12 Schulabschlüssen. Das Fachabitur sollte den Zugang zu einem Lehramtsstudium
13 ermöglichen, um den Lehrermangel zu bekämpfen. Außerdem wird der Ausbau inklusiver
14 Strukturen und die schrittweise Einführung der Integrierten Gesamtschule (IGS)
15 gefordert, um ein gerechteres Bildungssystem zu schaffen, in dem alle Schülerinnen
16 und Schüler gemeinsam lernen können.
- 17 Zusammenfassend fordern die Jusos Hessen:
- 18 - **Komplette Lernmittelfreiheit und auch für digitale Geräte**, um sicherzustellen, dass
19 alle Schülerinnen und Schüler Zugang zu modernen Lernmitteln haben
 - 20 - **Ein flächendeckendes Berufsberatungskonzept an allen weiterführenden Schulen**
21 **einführen**, um Schülerinnen und Schüler frühzeitig und umfassend auf ihre berufliche
22 Zukunft vorzubereiten.
 - 23 - **Das Fachabitur als Zugang zum Lehramtsstudium** anerkennen, um mehr jungen Menschen
24 den Zugang zum Lehrerberuf zu ermöglichen und dem Lehrermangel entgegenzuwirken.
- 25 Zusammenfassend fordern die Jusos Hessen zusätzlich:
- 26 - Verbesserung der **Anbindung und des Netzes beruflicher Schulen** in Hessen, um eine
27 standortnahe Beschulung zu ermöglichen.
 - 28 - **Erhöhung der Fahrpauschale für Auszubildende**, um die finanziellen Belastungen durch
29 Pendelwege zu reduzieren.
 - 30 - **Schaffung von mehr Azubiwohnheimen und Einführung einer verbindlichen Quote beim**
31 **Neubau**, um die Wohnsituation für Auszubildende zu verbessern und ihre Wege zur
32 Ausbildungsstätte zu verkürzen.
 - 33 - Einführung eines **Ganztagschulkonzepts an Berufsschulen**, um eine umfassendere
34 Betreuung und Unterstützung der Schüler*innen zu gewährleisten.
 - 35 - Sicherstellung der **Lernmittelfreiheit an Berufsschulen**, um gleiche Bildungschancen
36 für alle Schülerinnen und Schüler zu garantieren.
 - 37 - **Erhalt und Ausbau von Berufsschulen** zur Sicherung des Bildungsangebots in allen

38 Regionen Hessens

39 - **Stärkung der Berufsorientierung** durch standortnahe Angebote, um den Schülerinnen
40 und Schülern umfassende Einblicke in verschiedene Berufsfelder zu ermöglichen.

41 - **Schaffung zusätzlicher sozialpädagogischer Stellen** an Schulen, um Schülerinnen und
42 Schüler bei persönlichen und sozialen Herausforderungen besser unterstützen zu
43 können.

Begründung

Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind notwendig, um die strukturellen Defizite des hessischen Bildungssystems zu überwinden und allen Schülerinnen und Schülern unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, finanziellen Situation oder individuellen Bedürfnissen gleiche Bildungschancen zu bieten. Die Erweiterung der Lernmittelfreiheit auf digitale Geräte stellt sicher, dass alle Lernenden Zugang zu modernen Bildungswerkzeugen haben und somit digital teilhaben können. Ein flächendeckendes Berufsberatungskonzept ist unerlässlich, um die Jugendlichen besser auf ihre berufliche Zukunft vorzubereiten und ihre Bildungsbiografien individuell zu gestalten. Schließlich ermöglicht die Öffnung des Lehramtsstudiums für Fachabiturientinnen und -abiturienten eine breitere Auswahl an potenziellen Lehrkräften, was sowohl den bestehenden Lehrermangel lindert als auch mehr Menschen den Zugang zu akademischen Berufen eröffnet. Diese Reformen sind grundlegende Schritte in Richtung einer gerechten und zukunftsfähigen Bildungslandschaft in Hessen.

Antrag B9: Einführen eines verpflichtendem Schülerfeedbacks

Laufende Nummer: 34

Antragsteller*in: Jusos Hessen-Nord

- 1 Lehrkräfte sind verpflichtet, einmal im Schulhalbjahr vor dem endgültigen Eintragen
- 2 der Zeugnisnoten, eine standardisierte Evaluation ihres Unterrichts durchzuführen.
- 3 Hier können Schüler*innen anonym und sachlich ihre Wahrnehmung des Unterrichts
- 4 ausdrücken. Hier stellt das Kultusministerium nach wissenschaftlichen Standards
- 5 erarbeitete Fragebögen auf dem hessischen Schulportal bereit, die individuell ergänzt
- 6 werden können.

Antrag F2: Aufbau statt Abbau – Stillgelegte Schienenwege reaktivieren und Finanzierung sichern

Laufende Nummer: 29

Antragsteller*in: Landesvorstand Jusos Hessen

1 **Die Jusos Hessen fordern zur Stärkung des Schienenverkehrs in Hessen eine**
2 **beschleunigte Reaktivierung von stillgelegten Trassen, insbesondere in**
3 **strukturschwächeren Regionen. Hierbei darf die Förderfähigkeit durch den Bund nicht**
4 **die entscheidende Frage bleiben, um den Klimaschutz nicht zu gefährden.**

5 In Hessen wurden in den vergangenen 30 Jahren unter Kostendruck Schienenwege
6 vorrangig in bereits strukturschwächeren Regionen stillgelegt oder ganz zurückgebaut.

7 In diesen zumeist ländlichen Regionen fährt kein Zug mehr und auch das Busnetz ist
8 schlecht ausgebaut. Folglich sind Anwohnende auf ihr Auto angewiesen, um ihr
9 Bedürfnis nach Mobilität zu stillen. Zwar ist allen bewusst, dass der Vogelsberg nie
10 die gleiche Angebotsbreite und -tiefe an ÖPNV wie das Rhein-Main-Gebiet aufweisen
11 wird, jedoch bietet die Reaktivierung von alten Schienenwegen hier die Möglichkeit,
12 um neue Optionen der Mobilität salonfähig zu machen und das Auto abzulösen.

13 Aktuell existieren noch 16 stillgelegte Schienenwege, die derzeit entweder einer
14 Prüfung zur Reaktivierung unterzogen werden oder diese noch bevorsteht (siehe 1).
15 Hauptkriterien sind hierbei der Infrastrukturzustand und mit welchem Aufwand die
16 Strecken reaktiviert werden können. Ein weitaus größerer Teil der stillgelegten
17 Schienenwege wird aktuell nicht weiter für eine Reaktivierung verfolgt, zumeist aus
18 Kostengründen.

19 Eine nach wie vor vorhandene Widmung der Eisenbahnstrecke vereinfacht die
20 Reaktivierung, da unter anderem geringere Investitionskosten wegen Bestandsschutz von
21 Bahnübergängen sowie eine Verhinderung einer anderen Nutzung der Strecke gesichert
22 vorliegen. Strecken ohne bestehende Widmung werden zumeist negativ beschieden, weil
23 die Kosten-Nutzen-Analyse des Landes einen Mehrbedarf an Investitionen ausweist.

24 Diese Kosten-Nutzen-Analyse erfolgt auf Grundlage der „Standardisierten Bewertung von
25 Verkehrsweeinvestitionen im schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehr“, die
26 der Bund als Richtlinie zur Förderfähigkeit von regionalen Reaktivierungs- und
27 Ausbaumaßnahmen veröffentlicht. Da die betroffenen Gemeinden keine Finanzierung
28 allein tragen können und das Land Hessen mit seinem aktuellen Haushalt auf den
29 Fördertopf des Bundes angewiesen ist, haben nur solche Projekte eine Chance, die alle
30 Förderrichtlinien erfüllen.

31 Die Jusos Hessen fordern deshalb die Landesregierung auf, eine entsprechende
32 Förderung auch bei negativem Bescheid aus Berlin sicherzustellen, um den Aus- und
33 Neubau von ÖPNV in Hessen nicht zu gefährden.

34 Des Weiteren sollte die Landesbehörde eine neue Überprüfung der auf Grundlage des
35 aktuellen Verfahrens ausgemusterten Bahnstrecken in die Wege leiten und hier
36 verstärkt auf die positiven Effekte für Umwelt und Mensch vor Ort eingehen, anstatt

37 den Fokus auf die Förderfähigkeit zu legen.

38 Quellen

39 1)

40 https://mobil.hessen.de/sites/mobil.hessen.de/files/2023-11/2023-11_%C3%9Cbersicht-
41 [Reaktivierung.pdf](https://mobil.hessen.de/sites/mobil.hessen.de/files/2023-11/2023-11_%C3%9Cbersicht-Reaktivierung.pdf)

Antrag G2: Unbefristete Sozialbindung im sozialen Wohnungsbau in Hessen

Laufende Nummer: 33

Antragsteller*in: Landesvorstand Jusos Hessen

1 Die Jusos Hessen mögen beschließen:

2 Die aktuelle Wohnungspolitik in Hessen ist unzureichend, um dem steigenden Bedarf an
3 bezahlbarem Wohnraum gerecht zu werden. Angesichts der anhaltenden Wohnungsknappheit
4 und der steigenden Mietpreise ist es unerlässlich, dass der soziale Wohnungsbau in
5 den Mittelpunkt der politischen Maßnahmen gerückt wird. Ein zentrales Problem dabei
6 ist, dass Sozialwohnungen nach einer bestimmten Zeit aus der Sozialbindung fallen und
7 dadurch für viele Menschen, die auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind, verloren
8 gehen.

9 Wir fordern daher:

10 1. Unbefristete Sozialbindung: Das Land Hessen muss sicherstellen, dass
11 Sozialwohnungen nicht länger aus der Sozialbindung fallen. Es soll gesetzlich
12 verankert werden, dass Wohnungen, die als Sozialwohnungen gebaut werden, dauerhaft
13 als solche erhalten bleiben. Dies ist notwendig, um langfristig bezahlbaren Wohnraum
14 für Menschen mit geringem Einkommen zu sichern.

15 2. Keine Profitorientierung im sozialen Wohnungsbau: Der soziale Wohnungsbau darf
16 nicht von Profitinteressen dominiert werden. Stattdessen muss das primäre Ziel sein,
17 bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und zu erhalten. Hierzu sollte das Land Hessen
18 eigene Wohnbaugesellschaften stärken und gemeinwohlorientierte Projekte fördern.

19 3. Erhöhung der Investitionen in den sozialen Wohnungsbau: Hessen muss die
20 finanziellen Mittel für den sozialen Wohnungsbau deutlich erhöhen. Dazu gehört auch
21 eine bessere Förderung von Bauprojekten, die langfristig sozialen Wohnraum schaffen
22 und erhalten.

23 Mit diesen Maßnahmen wollen wir sicherstellen, dass der soziale Wohnungsbau in Hessen
24 nachhaltig gestärkt wird und dass alle Menschen unabhängig von ihrem Einkommen Zugang
25 zu angemessenem und bezahlbarem Wohnraum haben.

Begründung

Die Wohnungsnot in Hessen ist eine der drängendsten sozialen Fragen unserer Zeit. Die Zahl der Menschen, die auf Sozialwohnungen angewiesen sind, steigt stetig, während gleichzeitig immer mehr Sozialwohnungen aus der Bindung fallen und in den freien Markt übergehen. Dies verschärft die Situation weiter und führt zu sozialen Verwerfungen. Wohnungsbau darf nicht länger als kurzfristige Lösung verstanden werden, sondern als dauerhaftes Instrument zur Sicherstellung von Wohnraum für alle Menschen, die ihn benötigen. Ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung ist die unbefristete Sozialbindung von Sozialbauwohnungen.

Antrag G3: Rechtsruck stoppen, Hessen stärken: Keine Politik der Abschottung!

Laufende Nummer: 46

Antragsteller*in: Darmstadt-Stadt

- 1 1. Die SPD Hessen setzt sich dafür ein, dass die hessische Landesregierung die
- 2 geplanten Grenzkontrollen und Zurückweisungen durch die Bundesregierung aktiv
- 3 kritisiert und ablehnt.
- 4 2. Die Jusos Hessen fordern eine Asylpolitik, die menschenrechtskonform und
- 5 solidarisch ist, anstatt Geflüchtete zu kriminalisieren und als Spielball rechter
- 6 Politik zu missbrauchen.
- 7 3. Die Jusos Hessen fordern ein Ende der Grenzkontrollen, die den Binnenmarkt und die
- 8 Wirtschaft Hessens schädigen und den freien Waren- und Personenverkehr behindern.
- 9 4. Die Jusos Hessen fordern die Landesregierung auf, im Bundesrat und auf
- 10 europäischer Ebene gegen jegliche menschenrechtswidrige Maßnahmen zu stimmen, die
- 11 Schutzsuchende an den Außengrenzen abweisen.

Begründung

Die von der SPD-geführten Bundesregierung geplanten Grenzkontrollen und Zurückweisungen sind nicht nur ein Verstoß gegen EU-Recht und die Genfer Flüchtlingskonvention, sondern auch ein Angriff auf die Grundwerte der Sozialdemokratie. Begriffe wie „irreguläre Migration“ entmenschlichen Geflüchtete und kriminalisieren ihre Flucht. In einer Zeit, in der die SPD sich als „Europapartei“ präsentiert, handelt die Bundesregierung genau gegenteilig und riskiert, die Unterstützung von Wähler*innen zu verlieren, insbesondere von BIPOCs und marginalisierten Gruppen. Für Hessen als ein wirtschaftlich starkes Bundesland, das auf den freien Waren- und Personenverkehr angewiesen ist, bedeuten Grenzkontrollen eine massive Beeinträchtigung. Die hessische Wirtschaft, insbesondere in grenznahen Regionen und im Bereich Logistik, Handel und Pendler*innenverkehr, wird stark leiden. Österreich hat bereits angekündigt, keine Abweisungen mehr zu akzeptieren, und auch Italien und Griechenland lehnen eine Rücknahme von Schutzsuchenden unter diesen Bedingungen ab. Dies zeigt, dass eine einseitige Abschottungspolitik nicht nur unmenschlich, sondern auch ineffektiv und wirtschaftlich schädlich ist. Nur durch eine Politik der Solidarität und der Menschlichkeit können wir verhindern, dass Europa weiter gespalten wird und rechte Narrative noch stärker Fuß fassen. Die SPD Hessen muss sich klar gegen diese menschenrechtswidrige Politik positionieren und sich für eine gerechte, inklusive und europäische Asylpolitik einsetzen.

Antrag I01: Katastrophenschutz

Laufende Nummer: 57

Antragsteller*in: Lahn-Dill

1 Der Klimawandel, zunehmende Naturkatastrophen und andere unvorhersehbare Krisen
2 zeigen uns immer wieder, dass der Katastrophenschutz in Hessen dringend verbessert
3 werden muss. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, in Krisenzeiten vorbereitet
4 und handlungsfähig zu sein. Dennoch gibt es strukturelle Mängel in der Zusammenarbeit
5 der Kommunen, der Ausbildung von Fachkräften und der Aufklärung der Bevölkerung. Die
6 Jusos Hessen fordern die Landesregierung auf, den Katastrophenschutz durch gezielte
7 Maßnahmen zu stärken und sicherzustellen, dass im Ernstfall schnell, koordiniert und
8 wirksam reagiert werden kann. Folgende Punkte sind dabei zentral:

9 1. Strukturelle Schulungen und überregionale Zusammenarbeit

10 Kommunen, ihre Verantwortlichen, Krisenstäbe sowie politische Entscheidungsträger
11 müssen durch gezielte Schulungsprogramme systematisch auf potenzielle Katastrophen
12 vorbereitet werden. Im Ernstfall ist die frühzeitige Anforderung überregionaler
13 Unterstützung unerlässlich, um eine schnelle und wirksame Reaktion sicherzustellen.
14 Flächendeckende Vorbereitungen auf mögliche Katastrophen sind daher zwingend
15 notwendig und müssen fest verankert werden.

16 2. Sensibilisierung der Bevölkerung durch Aufklärungskampagnen

17 Um die Bürgerinnen und Bürger für individuelle Vorsorgemaßnahmen im Katastrophenfall
18 zu sensibilisieren, bedarf es umfassender und zielgerichteter Aufklärungskampagnen.
19 Katastrophenschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Zudem müssen
20 analoge und digitale Warnsysteme ausreichend finanziert und stets einsatzfähig sein,
21 um die Bevölkerung rechtzeitig und effektiv zu warnen.

22 3. Finanzielle Unterstützung für Katastrophenschutzorganisationen

23 Hilfsorganisationen, die im Katastrophenfall eine zentrale Rolle spielen, benötigen
24 dringend mehr finanzielle Mittel. Diese Mittel sind erforderlich für die Anschaffung
25 und Wartung moderner, krisenfester Ausrüstung sowie für die Ausbildung ihrer
26 Einsatzkräfte, um im Ernstfall optimal reagieren zu können.

27 4. (Förderung des ehrenamtlichen Engagements im Bevölkerungsschutz)

28 Das ehrenamtliche Engagement im Katastrophenschutz sollte deutlich stärker gefördert
29 werden. Eine konkrete Maßnahme wäre die bevorzugte Berücksichtigung von
30 Ehrenamtlichen bei der Vergabe von Studienplätzen, Ausbildungsplätzen sowie
31 Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst. So kann das Ehrenamt nachhaltig gestärkt und
32 gefördert werden.

33 5. Regelmäßige gemeinsame Katastrophenschutzübungen

34 Katastrophenschutzorganisationen sollten regelmäßig groß angelegte Übungen gemeinsam
35 durchführen. Diese Übungen müssen alle relevanten Akteure einbeziehen – darunter
36 Hilfsorganisationen, Feuerwehr, Polizei, THW sowie die Krisenstäbe der Kommunen.
37 Durch diese gemeinsamen Übungen lassen sich realistische Szenarien simulieren und die
38 Zusammenarbeit sowie die Koordination im Krisenfall deutlich verbessern.

- 39 6.Abbau bürokratischer Hürden im Katastrophenschutz
40 Um eine schnelle und effiziente Hilfe im Ernstfall zu gewährleisten, fordern wir den
41 Abbau überflüssiger Bürokratie im Katastrophenschutz. Es ist notwendig, bestehende
42 Vorschriften im Brand- und Katastrophenschutz kritisch zu prüfen und unnötige
43 Regularien abzuschaffen. Nur durch die Verschlinkung der Verwaltungsabläufe kann ein
44 effizienter Katastrophenschutz sichergestellt werden, der sich voll auf den Schutz
45 der Bevölkerung konzentriert.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag I02: Solidarität mit den Beschäftigten von VW und Unterstützung für Azubis

Laufende Nummer: 58

Antragsteller*in:

Landesvorstand Jusos Hessen

1 Die aktuelle Unsicherheit im VW-Werk Baunatal hat die Beschäftigten, Auszubildenden
2 und ihre Familien stark verunsichert. Tausende Arbeits- und Ausbildungsplätze stehen
3 auf dem Spiel, was nicht nur das Werk, sondern auch die gesamte Region massiv
4 betrifft. Die möglichen Folgen einer Schließung oder Massenentlassungen wären
5 katastrophal: massive Arbeitsplatzverluste, sozialer Abstieg für viele Familien und
6 eine Schwächung der regionalen Wirtschaft. Wir Jusos Hessen stehen solidarisch an der
7 Seite der Beschäftigten, Auszubildenden von VW und der IG Metall. Der Erhalt von
8 Arbeitsplätzen, Ausbildungsplätzen und die gerechte Verteilung der Lasten der
9 Transformation müssen oberste Priorität haben. Eine Politik, die zögerlich reagiert,
10 gefährdet nicht nur den sozialen Frieden, sondern auch die wirtschaftliche Zukunft
11 der Region. Deswegen fordern wir: 1. Die uneingeschränkte Solidarität mit den
12 Beschäftigten und Auszubildenden des VW-Werks in Baunatal und anderen Standorten in
13 Hessen. 2. Die Unterstützung der IG Metall und ihrer Forderungen zum Erhalt der
14 Arbeits- und Ausbildungsplätze und der Sicherung der Zukunft des Standorts. 3.
15 Sofortige Maßnahmen der hessischen Landesregierung, um einer möglichen Schließung
16 oder Massenentlassungen im VW-Werk entgegenzuwirken und die Ausbildungsplätze zu
17 sichern. 4. Die Entwicklung eines Konzepts, das den Transformationsprozess in der
18 Automobilindustrie sozial verträglich gestaltet und die betroffenen
19 Arbeitnehmer*innen sowie Auszubildenden aktiv einbindet. Begründung: Die
20 Automobilindustrie steht durch die Umstellung auf Elektromobilität und
21 Digitalisierung vor einem tiefgreifenden Wandel. Es ist unerlässlich, dass die
22 Politik hier aktiv wird, um eine sozial gerechte Transformation zu gewährleisten, die
23 nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmer*innen und Auszubildenden ausgetragen wird. Die
24 hessische Landesregierung muss ihre Verantwortung wahrnehmen und gemeinsam mit den
25 Gewerkschaften, der IG Metall und VW Wege finden, wie eine Schließung abgewendet und
26 die Arbeits- und Ausbildungsplätze gesichert werden können. Wir Jusos Hessen stehen
27 solidarisch an der Seite der Beschäftigten, Auszubildenden von VW und der IG Metall.
28 Der Erhalt von Arbeitsplätzen, Ausbildungsplätzen und die gerechte Verteilung der
29 Lasten der Transformation müssen oberste Priorität haben. Eine Politik, die zögerlich
30 reagiert, gefährdet nicht nur den sozialen Frieden, sondern auch die wirtschaftliche
31 Zukunft der Region und die Perspektiven junger Menschen. Mit diesem Antrag bekennen
32 wir uns zu einer aktiven Industrie- und Beschäftigungspolitik und zeigen klare Kante
33 gegen den drohenden Arbeitsplatzabbau und Verlust von Ausbildungsplätzen in Hessen.
34 Solidarität ist unser Antrieb – gemeinsam mit den Beschäftigten, Auszubildenden von
35 VW und der IG Metall kämpfen wir für eine sichere Zukunft!

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag S5: Sicherung von Leben und Wohlstand statt Kaputtsparen – Generationengerechter Transformationsfonds jetzt!

Laufende Nummer: 27

Antragsteller*in: Landesvorstand Jusos Hessen

1 **Die Jusos Hessen fordern einen sozial, ökologisch, demokratisch und**
2 **geschlechtergerecht ausgestalteten Transformationsfonds als langfristige Basis für**
3 **Investitionen in die Klimaneutralität Hessens, um die von der CDU ideologisch**
4 **aufgeladene Schwarze Null halten zu können.**

5 Das Land Hessen hat für das Erreichen der Klimaneutralität bis 2045 große
6 Herausforderungen vor der Brust. Umstellung der Energieerzeugung, Transformation der
7 Wirtschaft bei gleichzeitiger Jobsicherung und massive Investitionen in Erhalt und
8 Neubau von Infrastruktur werden das Land Milliarden kosten. Und all das soll ohne
9 zusätzliche Kreditaufnahme passieren, um das goldene Kalb „Schwarze Null“ nicht zu
10 gefährden. Um die verfassungsrechtlich auferlegten Bestimmungen einhalten zu können,
11 sollte das Land Hessen einen Transformationsfonds in Höhe von mindestens 20
12 Milliarden Euro über 10 Jahre (regulärer jährlicher Haushalt ~40 Milliarden Euro) zur
13 Förderung von Forschung, den Umbau energieintensiver Industrien, die energetische
14 Gebäudesanierung sowie den Aus- und Umbau von Verkehrsinfrastruktur einrichten.
15 Mittel- und langfristig ist weiterhin die allgemeine Abschaffung der Schuldenbremse
16 anzustreben, unter den derzeitigen politischen Rahmenbedingungen stellt ein
17 Transformationsfonds verfassungsrechtlich aber den einzigen legalen Weg für eine
18 Neuverschuldung dar.

19 Andere Bundesländer haben die Dringlichkeit erkannt und in den vergangenen Jahren
20 Transformationsfonds abseits der grundgesetzlich verankerten Schuldenbremse
21 aufgelegt. So hat die SPD Alleinregierung im Saarland bereits 2022 die notwendigen
22 Schritte in die Wege geleitet, um einen Fonds in Höhe von drei Milliarden Euro für
23 Investitionen in die Zukunft des Bundeslands aufzustellen. Zur Relation: Dies
24 entspricht rund 60% eines regulären jährlichen Haushalts des Saarlands. Die Gelder
25 aus dem Fonds sind für 10 Jahre angelegt und sollen beispielsweise zusätzliche
26 Investitionen in die Umstellung von energieintensiven Industrien ermöglichen, um
27 Arbeitsplätze nachhaltig zu sichern. Des Weiteren sind Investitionen in die
28 Umstellung zur klimaneutralen Energiegewinnung sowie der Intensivierung der Forschung
29 an saarländischen Hochschulen zu transformationsrelevanten Themen vorgesehen. Zur
30 Absicherung des Vorgehens wurde zuvor ein Gutachten von Verfassungsrechtlern
31 eingeholt (siehe Quelle 1), die die Ausrufung des Klimanotstandes als
32 verfassungsrechtlich legitimes Mittel ansehen, um die Schuldengrenze umgehen zu
33 können. Neben dem Saarland gibt es ähnliche Modelle in Bremen und Berlin.

34 Des Weiteren fordert auch der DGB Hessen-Thüringen die Auflegung eines
35 Transformationsfonds durch die hessische Landesregierung. Bereits letztes Jahr
36 plädierte der Vorstand für die Schaffung eines Fonds, um krisenbedingte Investitionen

37 zu ermöglichen (siehe Quelle 2). Diese sollte vorrangig vier Ziele verfolgen:

- 38 • Dekarbonisierung der (energieintensiven) Industrie vorantreiben,
- 39 • Umsetzung der Energiewende und der Wasserstoffstrategie forcieren,
- 40 • Energetische Gebäudesanierung etwa im Bereich der Verwaltung, Schulen,
41 Hochschulen und Krankenhäuser intensivieren,
- 42 • Tempo bei der Mobilitätswende beschleunigen.

43 Der Transformationsfonds bedeutet nicht, dass Investitionen alleine von staatlicher
44 Stelle getragen werden müssen. Vielmehr sollen durch gezielte Förderung private
45 Investitionen ermöglicht werden, die aktuell auf Gründen von Kostenvorteilen (bspw.
46 Auto vs. ÖPNV) nicht erfolgen.

47 Ohne zusätzliche staatliche Investitionen drohen wir als Bundesland an den
48 Herausforderungen der Klimakrise zu scheitern. Deswegen: Transformationsfonds, jetzt!

49 Quellen:

50 1)

51 [https://www.saarland.de/SharedDocs/Downloads/DE/mfw/Transformationsfonds/Gutachten_Ko
52 rioth-und-M%C3%BCller](https://www.saarland.de/SharedDocs/Downloads/DE/mfw/Transformationsfonds/Gutachten_Ko
52 rioth-und-M%C3%BCller)

53 2) <https://hessen-thueringen.dgb.de/themen/++co++17c22216-092c-11ee-a6b2-001a4a160123>

Antrag W1: Vier gewinnt – Hessen auf dem Weg zur 4-Tage-Woche

Laufende Nummer: 26

Antragsteller*in: Landesvorstand Jusos Hessen

1 **Die Jusos Hessen fordern die hessische Landesregierung auf, folgendes zu beschließen:**

2 **1. Einrichtung eines Förderprogramms zur Einführung der 4-Tage-Woche in hessischen**
3 **Unternehmen.**

4 Das Programm soll Unternehmen finanzielle Zuschüsse, steuerliche Erleichterungen
5 sowie Beratungs- und Schulungsangebote bieten, um die Umstellung auf die 4-Tage-Woche
6 zu erleichtern. Die genauen Rahmenbedingungen des Programms werden von einem
7 unabhängigen Expert*innenteam festgelegt.

8 **Zusammenstellung eines unabhängigen Expert*innenteams:**

9 Die Landesregierung wird aufgefordert, ein interdisziplinäres Expert*innenteam
10 zusammenzustellen, das die Ausgestaltung des Förderprogramms übernimmt. Dieses Team
11 soll folgende Akteur*innen umfassen:

12 **Wissenschaftler*innen:** Fachleute aus den Bereichen Arbeitsmarkt, Wirtschafts- und
13 Sozialwissenschaften, die sich mit Arbeitszeitmodellen und deren Auswirkungen auf
14 Produktivität und Gesellschaft beschäftigen.

15 **Vertreter*innen von Gewerkschaften:** Die Gewerkschaftsvertreter*innen bringen die
16 Perspektive der Arbeitnehmer*innen ein und stellen sicher, dass deren Interessen im
17 Mittelpunkt der Umstellung stehen.

18 **Unternehmer*innenverbände und Wirtschaftsorganisationen:** Hier werden die
19 Bedürfnisse und Anforderungen von Unternehmen berücksichtigt, besonders von kleinen
20 und mittleren Unternehmen, die besonders auf Unterstützung angewiesen sind.

21 **Zivilgesellschaftliche Organisationen:** Vertreter*innen aus Bereichen wie
22 Gleichstellung, Familienpolitik und Umweltschutz, die dazu beitragen, dass das
23 Programm auch soziale und ökologische Aspekte berücksichtigt.

24 **Politische Entscheidungsträger*innen:** Repräsentant*innen der Landespolitik, die
25 sicherstellen, dass das Programm umsetzbar ist und langfristig gefördert wird.

26 **Aufgaben des Expert*innenteams:** Das Expert*innenteam erhält den Auftrag, die genaue
27 Ausgestaltung des Förderprogramms zu erarbeiten. Dies umfasst:

28 **Die Festlegung der Kriterien für die Vergabe von finanziellen Zuschüssen und**
29 **steuerlichen Erleichterungen.**

30 **Die Entwicklung von Beratungs- und Schulungsangeboten für Unternehmen, um die**
31 **Umstellung auf die 4-Tage-Woche bestmöglich zu unterstützen.**

32 **Die Festlegung von Evaluationskriterien, um die Effekte der 4-Tage-Woche in den**
33 **teilnehmenden Unternehmen kontinuierlich zu überwachen und wissenschaftlich zu**
34 **begleiten.**

35 **Die Sicherstellung, dass das Programm regelmäßig überprüft und an neue**
36 **Entwicklungen angepasst wird.**

37 **Regelmäßige Überprüfung und Weiterentwicklung des Programms:**

38 Das Programm wird regelmäßig durch das Expert*innenteam überprüft und bei Bedarf

39 weiterentwickelt, um flexibel auf neue Erkenntnisse und Herausforderungen zu
40 reagieren.

41 **2. Einführung der 4-Tage-Woche als Pilotprojekt in der hessischen Landesverwaltung.**

42 Die hessische Landesregierung soll die Einführung der 4-Tage-Woche in der
43 öffentlichen Verwaltung als Pilotprojekt umsetzen. Dieses Pilotprojekt wird unter der
44 Leitung eines interdisziplinären Expert*innenteams organisiert, das die genauen
45 Rahmenbedingungen und Zielsetzungen des Projekts erarbeitet. Das Team soll
46 sicherstellen, dass das Modell in verschiedenen Bereichen der Verwaltung getestet
47 wird, um die Auswirkungen auf die Produktivität, die Mitarbeiterzufriedenheit und die
48 organisatorischen Abläufe zu evaluieren.

49 **Zusammenstellung eines interdisziplinären Expert*innenteams:**

50 Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Expert*innenteam zusammenzustellen, das
51 die Ausgestaltung und Umsetzung des Pilotprojekts übernimmt. Dieses Team soll
52 Expertinnen aus den Bereichen Arbeitszeitmodelle, Verwaltung, Personalführung und
53 Organisationsentwicklung umfassen. Außerdem sollen auch Vertreter*innen von
54 Gewerkschaften und relevanten zivilgesellschaftlichen Gruppen einbezogen werden.

55 **Planung und Koordination:**

56 Das Expert*innenteam soll ein detailliertes Konzept für die Einführung der 4-Tage-
57 Woche in der Verwaltung erarbeiten. Dies umfasst:

58 ☐ Die Auswahl der Abteilungen, in denen das Pilotprojekt durchgeführt wird.

59 ☐ Die Festlegung der Dauer des Pilotprojekts und der Evaluationskriterien.

60 ☐ Die Begleitung und Beratung der beteiligten Mitarbeiter*innen und Führungskräfte
61 während der Umstellung.

62 ☐ Die Sicherstellung einer kontinuierlichen Datenerhebung zur wissenschaftlichen
63 Begleitung des Projekts.

64 **Evaluierung und Anpassung:**

65 Während der Laufzeit des Pilotprojekts soll das Expert*innenteam regelmäßig Berichte
66 über die Fortschritte erstellen und das Modell bei Bedarf anpassen. Am Ende des
67 Projekts erfolgt eine umfassende Evaluation, die der Landesregierung
68 Handlungsempfehlungen zur weiteren Einführung der 4-Tage-Woche in anderen Bereichen
69 der Verwaltung und möglicherweise auch in der Privatwirtschaft gibt.

Begründung

Die 4-Tage-Woche bietet eine zeitgemäße Lösung für die sich verändernden Anforderungen in der Arbeitswelt, insbesondere im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Gleichzeitig fördert sie eine neue Arbeitskultur, die auf Flexibilität und Effizienz setzt. Immer mehr Arbeitnehmer*innen streben Arbeitsmodelle an, die nicht nur ihre individuellen Lebensumstände besser berücksichtigen, sondern auch zu mehr Zufriedenheit und Gesundheit führen. Dies trägt langfristig zur Reduzierung von Stress und Überlastung bei, was wiederum Motivation und Gesundheit stärkt. Internationale Beispiele, wie etwa in Island und Neuseeland, zeigen, dass die 4-Tage-Woche nicht nur die Zufriedenheit der Beschäftigten steigert, sondern auch die Produktivität erhöht. Erfahrungen aus diesen Ländern haben gezeigt, dass kürzere Arbeitszeiten zu effizienterem Arbeiten führen, da die verfügbare Zeit bewusster genutzt und Pausen intensiver wahrgenommen werden. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen sind die finanziellen und organisatorischen Herausforderungen oft ein Hindernis bei der Umsetzung neuer

Arbeitszeitmodelle wie der 4-Tage-Woche. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, ist die Einführung eines umfassenden Förderprogramms notwendig. Ein Pilotprojekt für Unternehmen wäre hingegen weniger sinnvoll, da Unternehmen sehr unterschiedliche Voraussetzungen haben und ein Pilotprojekt nur eine kleine Anzahl von Unternehmen erreichen würde. Unternehmen brauchen keine einheitliche Lösung, sondern flexible Ansätze, die sich an ihre individuellen Bedürfnisse anpassen. Das Förderprogramm bietet daher eine breitere Unterstützung: Es ermöglicht vielen Unternehmen, die 4-Tage-Woche eigenständig und nach ihren eigenen Rahmenbedingungen umzusetzen. Zusätzlich sorgt das Programm nicht nur für finanzielle Hilfen, sondern auch für Beratungs- und Schulungsangebote, die den Wissenstransfer sicherstellen und Unternehmen organisatorisch auf die Umstellung vorbereiten. Im Gegensatz dazu bietet es sich an, ein Pilotprojekt in der hessischen Landesverwaltung durchzuführen. Die öffentliche Verwaltung ist ein großer und komplexer Arbeitgeber, bei dem die Einführung der 4-Tage-Woche systematisch getestet werden kann. Die Erfahrungen aus diesem Pilotprojekt können wertvolle Erkenntnisse liefern, wie sich das Modell in einem großen, strukturierten Arbeitsumfeld auf Produktivität, Mitarbeiterzufriedenheit und Abläufe auswirkt. Diese Erkenntnisse können dann auch auf andere Bereiche der öffentlichen Hand und gegebenenfalls auf die Privatwirtschaft übertragen werden. Gleichzeitig fungiert das Pilotprojekt in der Landesverwaltung als Vorbild für Unternehmen, die von den gewonnenen Erfahrungen profitieren können, ohne selbst ein Risiko einzugehen. Neben den Vorteilen für die Beschäftigten trägt die 4-Tage-Woche auch zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Hessen bei. Flexible Arbeitsmodelle erhöhen die Attraktivität von Unternehmen für Fachkräfte, was in Zeiten des Fachkräftemangels einen klaren Wettbewerbsvorteil bedeutet. Zudem fördern innovative Arbeitszeitmodelle wie die 4-Tage-Woche die Produktivität und steigern die Wettbewerbsfähigkeit hessischer Unternehmen im nationalen und internationalen Vergleich. Hessen könnte durch die Einführung der 4-Tage-Woche eine Vorreiterrolle in Deutschland übernehmen und als Modellregion für moderne Arbeitszeitgestaltung neue Standards setzen.